

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

23.11.1866 (No. 279)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 23. November.

N. 279.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Telegramm.

† Stuttgart, 22. Nov. Dem „Staatsanzeiger“ zufolge hat Professor Pauli die nachgesuchte Dienstentlassung erhalten.

## Deutschland.

München, 19. Nov. Der König ist auf seiner Reise über Schweinfurt und Kissingen am 20. d. in Aschaffenburg eingetroffen, und hier wie dort auf das feierlichste empfangen worden. Am 20. d., Abends, war in Aschaffenburg allgemeine Beleuchtung, Fackelzug &c.

Der für München neuernannte päpstliche Nuntius, Monsieure Meglia, bisher Nuntius in Mexiko, ist gestern hier angelangt.

Dresden, 19. Nov. (Nat. = Ztg.) Der den Ständen vorgelegte Entwurf zum Reichs-Wahlgesetz schießt sich dem preussischen Gesetze an, und weicht nur insofern davon ab, als es die sächsischen Gesetze nötig machen. Nach diesen letzteren erfolgt nämlich die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht durch richterliches Erkenntnis, sondern nach Maßgabe der Natur des begangenen Verbrechens durch die Korporation, welcher der Verurtheilte angehört, bloß unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörde. Uebrigens soll den Ständen noch während des gegenwärtigen ordentlichen Landtags der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, welches das Urtheil über Entziehung der staatsbürgerlichen Rechte wegen Verübung von Verbrechen dem richterlichen Erkenntnis überweist.

Hannover, 19. Nov. Man schreibt der Berliner „National-Ztg.“: Bei den Terminen zur Anmeldung der Militärlieferanten ist es leider hier, wie auch in manchen anderen hannoverschen Orten, zu bedauerlichen Ergüssen gekommen. Beurlaubte hannoversche Soldaten haben die in den Terminen fungierenden Verwaltungsbeamten mit Mißhandlungen bedroht, so daß an mehreren Stellen bewaffnete Macht requirirt werden mußte. — Bei der Uebernahme der Kronkassensachen des Finanzdepartements ist von dem Beamten der Kronkasse, Finanzrath Függe, Protest dagegen erhoben und ein notarielles Aktenstück darüber aufgenommen worden. Der Protest macht geltend, daß in der Vereinigung der Kronkasse mit der Generalkasse eine Verletzung der Rechte des Königs Georg liege, und daß formell dieser Akt nicht auf eine Verfügung des Gouvernements hin, sondern nur durch königl. Verordnung erfolgen könnte, weil die Kronkasse durch königl. Verordnung mit der Verwaltung des ausgeschiedenen Domainens und der Lehenauskünfte beauftragt sei.

Berlin, 21. Nov. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 21. Nov. Vorberatung des Staatshaushalts-Gesetzes für 1867.

Vor der Tagesordnung bringt der Handelsminister den Gesetzentwurf über die Ermäßigung des Vriesporos ein, der Finanzminister einen Gesetzentwurf über Einführung der Klassensteuer an Stelle der Schacht- und Maßsteuer in Wittstock.

Der Präsident macht eine Mittheilung über den bei der Vorberatung einzuhaltenden Geschäftsengang, wobei die Frage, ob drei oder vier Tage für die Vorberatung wünschentlich festgesetzt werden sollen, zu einer Diskussion Veranlassung gibt. Das Haus entscheidet sich für drei Tage.

Abg. Waldeck wollte einen Verzicht auf die Diskussion der allge-

meinen Gesichtspunkte (Generaldebatte) vorschlagen, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß eine jede Generaldebatte stets in Spezialpunkte zurückgreift. Da ein solcher Antrag nach der Geschäftsordnung nicht gestellt werden kann, so spricht er nur den Wunsch aus, daß Niemand zur Generaldebatte das Wort nimmt.

Abg. v. Vinde (Hagen) ist derselben Ansicht; er wünscht, daß sich entweder kein Redner melde, oder doch jeder sich recht kurz fasse. Abg. Groote hält die Abgrenzung der Generaldebatte für bedenklich. Abg. Glaser schließt sich der Ansicht Waldeck's an. Waldeck zieht nach dem Widerspruch Groote's seinen Antrag zurück.

Das Haus tritt darauf in die Diskussion der allgemeinen Gesichtspunkte ein.

Abg. Twesten bedauert, nicht auf den Wunsch, die Generaldebatte fallen zu lassen, eingehen zu können, da er die Erörterung einiger allgemeinen Grundsätze für notwendig halte. Er meint, man müsse sich das Verhältnis der vorgeschlagenen Steuerreformen zu dem ganzen Budget klar machen. Das sei um so nötiger, als der Vergleich des vorgeschlagenen Budgets mit den Einnahmen des laufenden Jahres wegen der außerordentlichen Verhältnisse desselben keine genügende Anhaltspunkte zur Beurtheilung bietet. Der Redner gibt darauf eine sehr günstige Beurtheilung des Etats; er hält die Einnahme pro 1867 für etwa 5 Millionen größer als im Etat angenommen. Er wünscht, daß der Fortfall des Zuschlags von 6 Sgr. zu den Vertriebskosten nicht auf drei Jahre vertheilt werde; ebenso hält er eine Aenderung des Salzmonopols für wünschenswert. Nach seiner Ansicht hat die zu niedrige Ansetzung der Einnahmen den Nachtheil, daß man bei der Budgetberatung wünschenswerthe Steuerreformen für unthunlich hält.

Der Redner geht die einzelnen Erhöhungen in den Etats durch; von der für die Verbesserung der Lage der Elementarlehrer ausgeworfenen Summe wünscht er, daß bei ihrer Verwendung nicht politische Rücksichten maßgebend sein mögen; er hält auch eine Verbesserung der Gehälter der Subalternbeamten für dringend notwendig; über kurz oder lang wird sich eine solche Nothwendigkeit auch bei den höheren Beamten zeigen.

Die Ausgaben für das Kriegs- und Marineministerium betragen mehr als 52 Millionen. Bei dieser Veranbarung wird die Militärreorganisation wieder in Frage kommen; Angesichts der Lage Europa's hält er es aber nicht für möglich, an der bestehenden Formation der Armee etwas zu ändern. Man werde deshalb nichts Wesentliches an dem Militärstatut ändern können; nach seiner Ansicht wird durch solche Bewilligung eine spätere gesetzliche Regelung nicht ausgeschlossen; man kann später immer noch auf eine Verringerung der Präsenzzeit und auf eine Feststellung der jährlichen Aushebung bringen. Er kann sich deshalb nicht für den Bartsch'schen Antrag erklären. Der Redner geht darauf auf die einzelnen Positionen über, um nachzuweisen, daß eine Einwirkung auf deren Feststellung vom höchsten Interesse ist; er wünscht auch offizielle Aufklärung darüber, was bei der projektirten Vermehrung der Kavallerie auf die neuen Landestheile gerechnet sei.

Abg. Groote: Nach seiner Ansicht gibt es für den diesjährigen Etat nur eine Alternative, ihn entweder in Pausch und Bogen anzunehmen, oder ihn in Pausch und Bogen zu verwerfen. Er hält den Etat für ganz unvollständig; derselbe enthält nur einen Theil der Einnahmen und Ausgaben, denn der Etat bezieht sich nicht auf die neuen Länder aus, und eine vollständige Trennung der Finanzen der neuen Länder von denen der alten ist nicht möglich, da doch stets Einnahmen aus jenen Ländern in die preussischen Kassen fließen werden. Dies wird ganz besonders bei den Ueberfällen der Fall sein; bei den Ausgaben trete dieser Zusammenhang der Finanzen ganz besonders bei dem Militär hervor. (Bei den weitem Ausführungen, in denen der Redner die Nachtheile der Annexion mit Suspension der

Verfassungen entwickelt, ermahnt der Präsident den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Der Redner spricht sich sehr entschieden gegen die Wendung aus, welche die „vollendeten Thatfachen“ in einem Theile der liberalen Partei hervorgerufen haben; auch er und seine Freunde erkennen die Thatfachen an, und wissen, daß sie ein anderes Verhalten vorzeichnen, aber darin lassen sie sich durch keine Sophistik bestimmen. (Der Redner wird wieder ermahnt, sich an der Sache zu halten, er protestirt dagegen und wird zur Ordnung gerufen.) Er sieht nichts von dem „moralischen Druck“, durch welchen sich der Minister des Innern zu liberalen Maßregeln veranlaßt finde. Der Redner hält einen neuen Volkstakt für nötig.

Finanzminister v. d. Heydt will sich auf wenige Bemerkungen beschränken. Die gewünschten Uebersichten sind schon angefertigt und werden dem Präsidenten zugestellt werden. Die Uebersicht der außerordentlichen Einnahmen aus dem Krieg und der Ausgaben kann noch nicht vollständig vorgelegt werden, da eine Uebersicht der Kriegskosten auch noch nicht annähernd vorhanden ist. Die Etats für die neuen Landestheile werden vorgelegt werden, wenn deren Vertreter an den Beratungen Theil nehmen.

Abg. Birchow zieht nach den Erklärungen des Finanzministers seinen Antrag zurück.

Es wird Schluß der Generaldebatte beantragt. Derselbe wird abgelehnt.

Abg. Michalek tritt den Ausführungen des Abg. Groote mit der Frage entgegen, wie die Zustände bei uns und in Deutschland sein würden, wenn die gebotene Hand der Versöhnung nicht angenommen worden wäre. Er protestirt dagegen, daß ihm Gründe für seinen Antrag untergeschoben worden, welche er im Hause nicht ausgesprochen hat. Er will gewiß kein Budget in Pausch und Bogen annehmen. Im Verlauf seiner Rede geht er auf die wünschenswerthen Steuerermäßigungen ein, darunter auf die Herabsetzung der Zuckerschmelze. Auch er spricht sich für die Verminderung des Beamtenpersonals und mögliche Durchführung der Selbstverwaltung aus.

An der Generaldebatte betheiligten sich noch Abg. Rhoden, Finanzminister v. d. Heydt (welcher eine Gesetvorlage zur Aufhebung des Salzmonopols in Aussicht stellt) und v. Bartsch.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Ein Antrag des Abg. Groote auf Zurückweisung des Budgets zur Aufnahme des Budgets der neuen Provinzen wird abgelehnt.

Der Minister des Innern bringt einen Gesetzentwurf über die Einverleibung der von Bayern und Hessen-Darmstadt abgetretenen Landestheile ein, und eine Vorlage betreffend die Aenderung der in der Verfassung festgesetzten Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Die Zahl soll jetzt noch nicht durch Gesetz festgesetzt, sondern die erste Wahl durch königl. Verordnung angeordnet werden. Das Motiv dazu ist, daß man auch in Landestheilen, deren Annexion noch nicht gesetzlich feststeht, Wahlen werden ausschreiben müssen, und dann auch noch keine genauen Erhebungen über die bei der Wahl maßgebenden Verhältnisse vorliegen.

Das Haus geht hierauf zur Beratung der Spezialtags über.

Berlin, 21. Nov. Die „Provinzialforr.“ schreibt:

Das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes, welches unterm 15. Oktober d. J. von Sr. Majestät dem König vollzogen und durch die preussische Gesammmlung veröffentlicht worden, ist durch eine besondere allerhöchste Verordnung nunmehr auch in den neu erworbenen Landestheilen eingeführt worden. Die preussische Regierung wird die Vorbereitungen zu den Wahlen nach allen Richtungen so entschieden fördern, daß mit der Ausführung der Wahlen am Anfang Februars vorgegangen werden kann. Eine entsprechende Auforderung dürfte auch an die übrigen Regierungen des norddeutschen

## Kg. Gretchen O'Brien.

(Schluß aus Nr. 275.)

„Du hast wahrhaftig Recht!“ murmelte er. „Der kleinen O'Brien ist Unrecht geschehen. Die „gnädige Frau“ hat aus und ein die Schlichte gemacht!“

Ich vermag Dir nicht zu sagen, was ich dachte, noch das gemischte Gefühl des Entsetzens und des Wechs zu beschreiben, was mich die nächsten paar Sekunden durchwühlte. Ein Ausschrei meines Onkels weckte mich aus meinem Träumen. Er hatte irgend einen Brief gefunden, nach dem er, Schein's, gesucht hatte, und schäumte an den lebenden Lippen.

Im selben Augenblick, da ich seinen Ausschrei hörte, regte sich ein Laut in dem anstehenden Gemach; gleich darauf flog die Thür auf, und Lady Humpfrey selbst erschien.

Es war das erste Mal, daß ich sie von Angesicht zu Angesicht seit den alten Zeiten sah. Sie war wie eine Fürstin gekleidet, und reizender als je, doch mit einer derberen dreifachen Schönheit. Sie war eben aus der Oper heimgekommen. So eifrig und ausschließend waren wir an unserer Beschäftigung, daß wir weder das Anfahren des Wagens noch das Anschlagen des Klopfers an der Vorplatzthür gehört hatten. Was sie gesagt oder was sie gethan haben möchte, weiß ich nicht; aber ehe ihre dräuende Stirn sich noch dunkler hatte zusammenziehen können, war schon ihr elender Sattel auf sie zugetaumelt, warf ihr den Brief in seiner Hand in's Gesicht, und stürzte in einem Anfall vor ihren Füßen nieder.

Ich hob ihn auf sein Bett, schellte laut, und schickte nach einem Arzt. Dann standen das rathlose Weib und ich einander gegenüber über dem stehenden Mann, während wir ihm die Hände rieben und unser Möglichstes thaten, ihm zu helfen. Selbst in dem Augenblick vermochte ich nicht, meine Anlage zurückzubalten. Sie sah das Geschehene gerührt auf dem Boden herumliegen, und war auf einen Angriff gefaßt.

„Lady Humpfrey,“ hob ich an, „im Angesicht Gottes, im Angesicht des Todes beschwöre ich Sie, sagen Sie mir wahrhaft, haben Sie vor fünf Jahren den Diebstahl zu Vallybudamore begangen?“

„Ja,“ sagte sie, hart, mit festem Blick, über das Sterbelager, mir in's Auge. „Allerdings habe ich's gethan. Wären Sie so verständlich gewesen, die Frage vor vier Jahren an mich zu richten, nach meiner Heirat mit ihm, mit einem Fingerring auf ihren hingestreckten Werten, so hätte ich Ihnen die Wahrheit so unverhohlen gesagt, wie jetzt. Ich brauchte damals Geld, und ich nahm's.“

„Und ließen die Schuld auf ein Anderes fallen?“

Sie zuckte die Achseln. „Was muß man nicht thun?“ sagte sie. „Es hätte mir ja damals nicht gepaßt, wenn es ausgekommen wäre.“

„Aber so erklären Sie mir doch,“ fuhr ich fort. „Haben denn Sie mit Jacko auf dem Gang verkehrt? Und das schwarze Kleid — und das Taschentuch —?“

Sie zog die Augenbrauen in die Höhe und lächelte höhnisch. „Einfältiger Mensch! Als ob Ein Weib einer Andern Anzug nicht nachahmen könnte, wenn es für ihren Zweck dienlich ist. Als ob Ein Weib nicht einer Andern Taschentuch aufheben und es wieder fallen lassen könnte, wenn sie Lust dazu hat!“

Meine Geschichte, Robert, ist nun fast zu Ende. Ich habe Dir nur noch zu erzählen, wie ich nach Gretchen suchte, und wie ich sie fand. Ein ganzes Jahr suchte ich vergebens, fand ich keinen Leitfaden zum Wo und Wie ihres Aufenthalts. Schloß O'Brien war verlassen, und Niemand wußte, war Sir Pierce's Tochter am Leben oder todt. . . . Die armen Leute in der Gegend um ihr altes Heim sprachen mit Thränen von ihr, wußten aber nur, sie sei „auswärts“ gegangen. Eine bitter unbestimmte Auskunft! „Auswärts“ konnte irgendwo in der weiten, weiten Welt bedeuten. . . .

Den Dezember meines Forschungsjahrs brachte ich in Paris zu, auf täglichen und nächtlichen Wanderungen durch seine offenen Straßen

und abgelegenen Wohnwinkel, im begierigen Suchen nach jenem Einen Antlitz, nach dessen Schauen meine Augen sich sehnten. Der Einfall hatte sich in mir, ich weiß nicht wie, festgesetzt, ich würde sie in Paris finden; in Paris also suchte ich sie mit unermüdbarem Eifer früh und spät drei lange trübselige Wochen. Endlich, da ich dachte, ich sei in jeder Straße und in jedem Gäßchen bekannt und kenne jedes Gesicht, das mir begegnete, auswendig, verließ mich wieder die Kraft des Hoffens und in Verzweiflung gab ich den Kampf auf.

Mit gar kummersthemem Sinn, Robert, schritt ich am Christabend die Gassen entlang. Eben um die Dämmerung meinem Gasthof zugehend, sah ich den hellen Schein eines Kaminfeuers in heiterem Abglanz an einem der Fenster eines großen altväterlichen Hauses ganz nahe an meiner Bestimmung.

Bäume umgaben das alte Haus und gaben ihm ein abgeschiedenes Aussehen, obwohl das eben erwähnte Fenster auf die Straße herausging. Ich weiß selbst nicht, was mich antrieb, über den Weg hinüber zu gehen und auf einer Messingplatte beim Lampenlicht eine Anzeige zu lesen, wonach dies eine Anstalt pour l'Education de jeunes demoiselles war. Ich weiß selbst nicht, was mich nachher antrieb, zum Fenster hinauszusehen und — Gretchen am Feuer in einem traurigen Stübchen ganz allein sitzend zu sehen. Sie hatte in tiefem Nachsinnen in die Lobre, als blicke sie auf vergangene Christabende zwischen den Gittern. Natürlich war Gretchen Lehrerin in der Anstalt, und ich war die vollen drei Wochen je dem Leidenstag fort und fort an ihrer Thür vorbeigewandert. Natürlich klopfte ich an der Thür, und schenkte sie aus ihrem Träumen auf, indem ich mich vorstellte. Ja, da stand es leidhaftig vor mir, mein eigenstes, mein liebtes Gretchen, nur blässer und magerer, und trauriger, und — holdseliger!

Das Uebrige kannst Du Dir denken, Robert! weißt Du doch, daß Gretchen Frau Humpfrey ist. Ich hatte es nicht verdient, doch ward mir vergeben. . . .

Gelasius Humpfrey ist todt, wie Du weißt, seine Frau Gemahlin aber verließ's, im Glanz fortzuleben. Sie meidet uns und wir meiden sie. Wann, siehst Du Robert, sehen wir Dich wieder auf Vallybudamore?



Bundes gleichzeitig mit der Aufforderung zu den vorgängigen Beratungen erfolgen.

Einige auswärtige Blätter melden dieser Tage, daß die königlichen Prinzen sich geweigert hätten, ihre Residenzen nach Hannover, Kassel und Wiesbaden zu verlegen. Es könnte hiernach scheinen, daß eine Aufforderung in dieser Beziehung wirklich an sie gerichtet worden wäre, und daß sie dieselbe abgelehnt hätten. Dagegen bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Wer von der Stellung der preussischen Prinzen zu dem Haupt der königlichen Familie und des Staats unterrichtet ist, der weiß, daß eine solche Anschauungsweise von einer durchaus falschen Voraussetzung ausgeht. Eine Aufforderung von höchster Stelle aus an die königlichen Prinzen könnte nicht ergangen sein, ohne daß ihr Folge geleistet würde. Es ist aber eine solche Aufforderung gar nicht erfolgt. Für dergleichen Pläne, wenn sie irgendwo angeregt sein sollten, dürfte der gegenwärtige Zeitpunkt noch nicht angemessen erscheinen, was jedoch nicht ausschließt, daß dieselben in Zukunft und unter anderen Verhältnissen zur Ausführung kommen können.

**Berlin, 21. Nov.** Se. Maj. der König ertheilte gestern dem vor einigen Tagen auf seinem hiesigen Posten wieder eingetroffenen französischen Botschafter, Herrn Benedetti, eine Audienz. — Ein im „Staatsanz.“ enthaltener königl. Erlaß vom 12. Nov. ordnet an, daß in Betreff des Kurfürstenthums Hessen an den König nur über die Anstellung und Entlassung der Präsidenten, Direktoren und Räte der richterlichen Kollegien, sowie des Generalstaatsprokurators und der Staatsprokuratoren berichtet werden soll, und nicht, wie es bei dem früheren Landesherren geschehen, über die Personalsachen sämtlicher Justizbeamten. Die Regelung aller übrigen Angelegenheiten der Justizaufsicht und Verwaltung wird dem Justizminister zugewiesen, welcher dabei nach Maßgabe der in den älteren Provinzen geltenden Vorschriften zu verfahren hat. Die gleichen Grundzüge sollen auch für die anderen der preussischen Monarchie einverleibten Landesheile in Anwendung kommen. — Zur Vollziehung der Wahlen für das norddeutsche Parlament ist die Stadt Berlin vom Magistrat in 6 Wahlbezirke getheilt worden, von denen jeder einen Abgeordneten zu wählen hat. Unterabteilungen der Bezirke sind nicht erforderlich, weil die Wahlen direkt stattfinden. — Die neuerdings wieder von französischen Blättern gebrachten Erzählungen über den angeblichen Abschluß eines Bündnisses zwischen Preußen und Rußland werden hier von beachtenswerther Seite in jeder Hinsicht als völlig grundlos bezeichnet.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 20. Nov.** Das telegraphisch bereits kurz erwähnte königl. Reskript an den ungarischen Landtag, verlesen in der gestrigen Unterhausung, lautet vollständig:

„Liebe Getreue! Mit unerschütterlichem Vertrauen auf die göttliche Vorsehung und auf die treue Anhänglichkeit Unserer Völker nehmen Wir den Faden der reichstäglichen Verhandlungen wieder auf, deren Ausgangspunkt Wir in Unserer Thronrede bezeichneten, und als deren höchst wichtiges und unverrückbares Endziel Wir die verfassungsmäßige Regelung des Verbandes der einzelnen Theile der Monarchie, sowie die baldige Wiederherstellung der autonomen Reichsorganisation Unseres geliebten Königreichs Ungarn ansehen. Die unglückliche Wendung des Krieges, welche durch die glänzenden Siege Unserer Seebarmee und Flotte nicht auszugleichen war, vereitelte jene Hoffnungen, welche Wir selbst Angesichts der Uebermacht der gegen Uns verbündeten Mächte, auf die Gerechtigkeit Unserer Sache und den opferwilligen Selbennutz Unseres Heeres bauten.

Mit Hinblick auf die harten Fügungen des Geschicks, welche nur durch die äußerste Anspannung der Opferwilligkeit, sowie der geistlichen und materiellen Kräfte Unserer Völker wieder günstiger zu gestalten waren, zögerten Wir nicht, denselben selbst unter schweren Bedingungen die Segnungen des Friedens wieder zu geben, deren Sicherstellung Wir stets zu den tief empfundenen Sorgen Unseres väterlichen Herzens und Unserer höchsten Regentenpflichten zählten. Die verhängnisvollen Ereignisse der Vergangenheit, sowie die Rücksichten auf die in den internationalen Verhältnissen eingetretenen Veränderungen erfordern es nunmehr in erhöhtem Maße und wahrlich unabwendbar, daß Wir die Regelung der schwebenden inneren Angelegenheiten Unserer Monarchie, auf der zur aufrichtig gewünschten Befriedigung der verfassungsmäßigen Rechte und Ansprüche Unserer Völker bezeichneten Grundlage, nach Kräften beschleunigen.

Bereits in Unserem königl. Reskript vom 24. Juni d. J. haben Wir jene bereitwillige Thätigkeit gewürdigt, mit welcher die reichstäglichen versammelten Stände und Vertreter Unseres geliebten Königreichs Ungarn sich Unsern Bestrebungen angeschlossen und zur Lösung der gemeinsamen Aufgabe auch ihrerseits beizutragen begonnen haben. Um so mehr mußten Wir es bedauern, daß Wir eben in jener Zeit zur Verlesung des ungarischen Reichstags bemüht waren, als in Folge der vorerwähnten Thätigkeit desselben in den vorbereitenden Beratungen des Ausschusses für die gemeinsamen Angelegenheiten ein Entwurf erzielt ward, über dessen Ausgangspunkt und Endziel Wir, wenngleich derselbe bisher die gesetzlichen Stadien der öffentlichen Diskussion und reichstäglichen Behandlung noch nicht durchschritten hat, schon dormalen Unserer Anerkennung auszubrüden keinen Anstand nehmen; denn Wir fühlen Uns berufen, bei dem Bestreben des Ausgleichs entgegengelegter Anforderungen allen jenen Momenten Unsere rege Aufmerksamkeit zuzuwenden, deren Entwicklung eine auf Recht und Billigkeit gegründete Lösung der Hauptaufgabe mit Beschleunigung anzubahnen im Stande ist.

Mit Befriedigung sehen Wir in diesem Entwurf das lebhaft Bewußtsein der Zusammengehörigkeit Unserer Länder ausgedrückt und die unerlässliche Rücksicht als leitenden Grundsatze erkannt: daß der Bestand der Monarchie in ihren wichtigsten Interessen gesichert werde.

In Erwidrerung der rückhaltlosen Offenheit und jenes Vertrauens, welchem die reichstäglichen versammelten Stände und Vertreter in ihren an Uns gerichteten allerunterthänigsten Adressen Ausdruck verliehen haben, wollen Wir daher dieselben schon im voraus darüber versichert haben, daß Wir die Modalitäten, welche in dem Entwurf des besagten Subkomitees in Bezug auf die Beratung und Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten beantragt werden, als geeignete Anknüpfungspunkte für das Zustandekommen des verfassungsmäßigen Ausgleiches erkennen.

Um den raschen und befriedigenden Erfolg der diesfälligen Ber-

athungen noch mehr zu sichern, erachten Wir es für zweckmäßig, jene Hauptgesichtspunkte anzudeuten, bezüglich deren es zum Behuf einer zu treffenden Abgrenzung der gemeinsamen Angelegenheiten geboten erscheint, daß denselben von Seite der reichstäglichen versammelten Stände und Vertreter eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werde.

Was Wir unumgänglich wahren müssen, das ist die Einheit des Heeres, welche nebst der Einheit der Führung und der sachgemäßen inneren Organisation desselben auch noch eine Uebereinstimmung der Grundzüge in den Bestimmungen der Dienstzeit und der Heeresergänzung unzweifelhaft erfordert.

Ebenso unabwieslich erheischt es die derzeitige Entwicklung des internationalen Verkehrs, sowie die Lebensbedingungen der Industrie, daß das Zollwesen und folgerichtig die aus die gewerbliche Produktion einen wesentlichen Einfluß nehmende indirekte Besteuerung, wie nicht minder das Staatsmonopolwesen auf vereinbarter, gleichartiger Grundlage geregelt werden. Endlich erfordern die Staatsausgaben und das innere Wesen des damit so innig verbundenen Staatskredits die einheitliche Behandlung derselben, wenn die Interessen des Geldverkehrs, welche in allen Theilen des Reiches gleich tief in das Leben eingreifen, vor den so verhängnisvollen Schwankungen bewahrt werden sollen.

Wir wünschen, durch das Resultat der auf dieser Grundlage fortschreitenden reichstäglichen Verhandlungen ehestens in der Lage zu sein, die Schwierigkeiten in Bezug auf jene Garantien des gesamtstaatlichen Verbandes, welche Wir als unmittelbaren Ausfluß der pragmatischen Sanction vor jeder Gefährdung bewahren müssen, als grundräßig behoben ansetzen zu können, sohin auch Unsererseits zur Erfüllung der in den allerunterthänigsten Adressen der reichstäglichen versammelten Stände und Vertreter in den Vorbergründungen gestellten Wünsche beizutragen und durch die Ernennung des verantwortlichen Ministeriums, sowie die Wiederherstellung der municipalen Selbstverwaltung den konstitutionellen Ansprüchen der Völker Unseres geliebten Königreichs Ungarn gerecht zu werden.

Indem Wir entschlossen sind, das verantwortliche Regierungssystem nicht bloß in Ungarn, sondern als ein für die Geltung zu bringen, behalten Wir Uns vor, die detaillierte Anwendung und Bewirkung der in Bezug auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten vereinbarten Grundzüge, sowie die Modifikation jener Bestimmungen der Gesetze vom Jahr 1848, hinsichtlich welcher Wir Unsere Bedenken in Unserem königl. Reskript vom 3. März d. J. eröffnet haben, im Wege der von Uns zu ernennenden verantwortlichen Minister und im Einvernehmen mit den reichstäglichen versammelten Ständen und Vertretern zu bewerkstelligen. Wir geben Uns der Hoffnung hin, daß die reichstäglichen versammelten Vertreter und Stände Unseres geliebten Königreichs Ungarn die offene Darlegung dieser Unserer väterlichen Absichten mit unbefangenen Gefühl entgegennehmen und die durch Uns hervorgehobenen Gesichtspunkte zum Gegenstand ihrer eindringlichen, zugleich aber auch dem Wahnsinn der Zeit entsprechenden Beratungen machen und hiedurch die Erfüllung Unseres innigsten Wunsches, das gesicherte Zustandekommen des konstitutionellen Organismus Unseres Gesamtreiches ihrerseits beschleunigen werden.

Das Land steht nunmehr an der Schwelle der Erfüllung seiner Wünsche. Die Gesinnungen, welche Uns bestimmen, die mit richtiger Erkenntnis seiner Interessen zu treffende Entscheidung über dessen eigene Zukunft in seine Hände zu legen, haben sich nicht geändert.

Mit Zuversicht glauben Wir, daß es dem segensreichen Zusammenwirken des beiderseitigen guten Willens gelingen werde, dieser Zukunft eine Grundlage zu geben, welche geeignet ist, die ehrwürdigen Traditionen der Vergangenheit mit den Anforderungen der Gegenwart in Einklang zu bringen und hiedurch deren erneuertes Aufblühen dauernd zu sichern.

**Wien, 20. Nov. (A. Ztg.)** Der Weiterführung der öffentlichen Polemik über die Mythen des diesjährigen Feldzugs, welche Graf Lammasch durch seine „Denkschrift“ inaugurierte, dürfte durch eine Note des offiziellen Abendblattes ein Ziel gesetzt sein. Das Interesse dieser Note liegt wesentlich in der bestimmten Erklärung, welche „die Voraussetzung, daß der General seine Vertheidigungsschrift mit Vorwissen oder gar mit Ermächtigung von maßgebender Seite habe veröffentlicht“, als „unbedingt unzulässig“ bezeichnet, und sodann in der wiederholten Zusicherung, daß eine „authentische Darstellung“ der einschlagenden Thatsachen zu erwarten stehe. — Die Blätter kündigen, mit allen möglichen Details über das Wann und Wie ausgestattet, die demnächst bevorstehende zeitweise Ueberlieferung des gesammten Hofes nach Pesth-Dien an. Ich höre bestimmt, daß in dieser Beziehung noch nicht die mindesten auch nur einleitenden Verfügungen getroffen wurden. — Mehrere hochgestellte Diplomaten, welche momentan keine aktiven Dienstposten bekleiden, haben mit Rücksicht auf die bebrängte Finanzlage des Staats auf die ihnen gebührenden Ruhegehälter und Parteigelder vollständig verzichtet. Wir nennen hier die kaiserl. Gesandten Fürst Schönburg, Graf Friedrich Thun, Graf Emerich Czechy, Graf Lühov und Graf Trauttmansdorff, die Legationsräthe Graf Traun, Graf Cavriani, Graf Goudenhove, Freih. v. Blittersdorff &c.

#### Italien.

**Florenz, 17. Nov. (Sch. M.)** Der König bereitet die venezianischen Städte inmitten einer allgemeinen Begeisterung der Bevölkerung. Er befindet sich jedoch körperlich nicht ganz wohl; ein Rheumatismus nöthigt ihn, den linken Arm fast beständig unbeweglich auf der Brust zu halten. In Udine besuchte er einen Arbeiterverein, was natürlich einen vortrefflichen Eindruck machte. — Die Regierung hat es für nöthig gehalten, sich beim britischen Kabinett über die angelegliche Einmischung englischer Staatsmänner in Rom zu erkundigen, und die Antwort lautete, daß England niemals, weder offiziell noch offiziös, den Papst zur Abreise nach Malta eingeladen habe. Ebenso äußert sich auch Ddo Russell, der auf seiner Rückreise nach Rom hier angekommen ist. Derselbe wird, wenn sich eine Gelegenheit dazu bietet, dem Papste zu verstehen geben, daß England es im Interesse des h. Stuhles für das Rathsamste halte, wenn Se. Heiligkeit unter allen Umständen in Rom bleibe. — Die Nachrichten aus Neapel lauten sehr unerfreulich. Die Cholera tritt zwar nur noch in vereinzelten Fällen auf, aber die ökonomische Lage der Bevölkerung ist sehr schlimm. Die Geschäftslage ist allgemein, die öffentlichen Gemeindegeldern stocken,

und die Noth der Massen ist so groß, daß der Präfect Qualterio sich in seinen Berichten an das Ministerium sehr ernst äußert.

**\* Florenz, 21. Nov.** Der König ist um 1 Uhr in Begleitung der Prinzen hier angekommen. Se. Maj. wurden am Bahnhof von den Behörden empfangen. Die ungeheure Menschenmenge, die Nationalgarde, und die Truppen, die unter den Waffen waren, begrüßten Se. Maj. mit lange dauerndem Jubelruf. Die Straßen sind besetzt und man bereitet auf heute Abend eine glänzende Illumination vor.

**\* Florenz, 21. Nov.** Die „Italie“ sagt, die Regierung werde einen proportionalen Theil der päpstlichen Schuld übernehmen, so wie er im Jahr 1860 bestand. Was die Rückstände seit jener Zeit betrifft, so werden sie konsolidirt, und Italien bezahlt die Zinsen. Nur das letzte Jahr wird baar bezahlt. Admiral Persano ist aufgefordert worden, am 1. Dezember vor dem hohen Gerichtshof zu erscheinen, um verhört zu werden. Geßner empfing der Minister des Auswärtigen in Audienz den österreichischen Bevollmächtigten, Baron v. Brud.

#### Frankreich.

**Paris, 20. Nov.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Die mexikanische Frage kann noch zu sehr ersten Verwicklungen Anlaß geben. Nach dem Abkommen, welches zwischen Paris und Washington zu Stande gekommen war, hatten sich die Nordamerikaner dazu verstanden, sich Mexiko gegenüber für den Fall ganz neutral zu verhalten, daß die Franzosen im Monat Dezember den dritten Theil ihrer Truppen aus Mexiko zurückziehen würden. Die hiesige Regierung, welche es für rathamer erachtete, das mexikanische Okkupationscorps auf einmal nach Frankreich zurückzuführen zu lassen, sagte, ohne das Washingtoner Kabinett auch nur im mindesten diesbezüglich zu befragen, den Beschluß, ihre Truppen im Monat März oder April auf einmal nach Frankreich zurückzuführen. In Washington gefiel dies nicht im geringsten, und da Frankreich den Bestimmungen des Abkommens nicht vollständig nachgekommen ist, so brauchte die Regierung Johnson's sich auch nicht mehr an dasselbe gebunden zu halten, und wird vom Monat Dezember an so handeln, als wenn sie sich nicht zur Neutralität Mexiko gegenüber verpflichtet hätte. General Sherman ist bekanntlich in Mission an die mexikanische Grenze abgegangen. Er hat Befehl, Juarez und seine Anhänger auf alle mögliche Weise zu unterdrücken, wenn bis zum 15. Dezbr. nicht wenigstens ein Drittel der französischen Okkupationsarmee eingeschifft ist. Ist nach den getroffenen Anordnungen bis zu diesem Termine kein französischer Soldat eingeschifft, so kann man sich auf ganz ernste Dinge gefaßt machen, und dieses um so mehr, als der Präsident Johnson wegen seiner Stellung dem Kongreß gegenüber nichts mehr wünscht, als daß die mexikanische Frage die inneren Fragen etwas in den Hintergrund dränge.

**\* Paris, 21. Nov.** Der kleine „Moniteur“ bemerkt in seiner Wochenschau Folgendes über das neueste Rundschreiben Nicasoli's:

Dieser diplomatische Akt stellt, wie Baron Nicasoli selber den Präfecten des Königreichs gegenüber konstatirt, für die Souveränität des Papstes dieselben Bedingungen fest, wie für alle anderen Souveränitäten, und Italien, das Frankreich und Europa verprochen hat, sich nicht zwischen dem Papst und seinen Unterthanen in's Mittel zu legen, hält in bestimmter Weise diese förmliche Verpflichtung aufrecht. Das Kabinett von Florenz gibt heute dieselben Ideen wieder, welche die Regierung des Kaisers, beim Bemühen sich auf eine Ausöhnung zwischen den nationalen Befürdungen und den religiösen Gefühlen der Halbinsel gerichtet waren, so oft an den Tag gelegt hat. Angesichts dieser Stimmung kann der hl. Vater der Zukunft vertrauensvoll entgegensehen, und man hat allen Grund zu hoffen, daß die extremen Parteien nicht die Oberhand gewinnen werden, und daß die römische Kurie sich den Einflüssen unzugänglich zeigen wird, welche unter der Larve eines falschen Eifers der Sicherheit und der Würde des päpstlichen Thrones schädliche Absichten bergen dürften.

Der kleine „Moniteur“ enthält eben so wenig wie der „Morgen-Moniteur“ irgend ein Wort über Mexiko.

Man schreibt der „Gazette de France“ aus London: „Ein höherer Offizier der preussischen Gardeartillerie befindet sich seit einigen Tagen in Toulon, wo er mit der größten Aufmerksamkeit unsere Marineanstalten und Panzerschiffe besichtigt. Der Fremde ist mit einer blauen Zulasskarte versehen, die ihm auf Befehl des Marineministers zugestelt worden ist. Diese Zulasskarten haben verschiedene Nuancen, je nach der größeren oder geringeren Wichtigkeit des Zutritts, die der damit versehenen Person gestattet werden soll.“

Die Abendblätter veröffentlichen eine den Militärintendanturen zugegangene Verfügung des Kriegsministers, welche diesen offiziell anzeigt, daß das gesammte Expeditionscorps in den ersten Monaten des nächsten Jahres aus Mexiko zurückkehren wird. Es wird ihnen deshalb aufgetragen, keine Sendungen von Militärrequisiten &c. mehr nach Mexiko abgeben zu lassen.

Wie der „Estandart“ meldet, hat die Militärreorganisations-Kommission ihre Arbeiten noch nicht vollendet und wird noch mehrere Sitzungen in Compiègne abzuhalten haben. Demselben Blatt zufolge ist in der heutigen Ministerrathssitzung die Arbeit bezüglich der Präfecturen und Unterpräfecturen wahrscheinlich dem Kaiser zur Unterzeichnung vorgelegt worden. — Rente 69.52 1/2, Cred. mob. 607.50, Ital. Anl. 56.12 1/2.

#### Belgien.

**Brüssel, 20. Nov. (Köln. Ztg.)** Die Redaktionskommission der Zweiten Kammer für die Adresse an den König hat ihren Entwurf derselben vorgelegt. Diese Adresse ist lediglich eine Paraphrase der Thronrede, von welcher sie sogar die einzelnen Ausdrücke und Worte entlehnt; an einer Stelle nur wird besonders darauf hingedeutet, daß der König ein geborner Belgier ist: „Sire, wir sind mit Ihnen Kinder des Landes.“



**Niederlande.**

**Aus den Niederlanden, 17. Nov.** In der Festung Bergen op Zoom ist vor einigen Tagen eine Weisung des Kriegsministers eingetroffen, sofort zur Schleifung der dortigen Festungswerke zu schreiten. Dem Vernehmen nach ist im Haag der gleiche Beschluß in Betreff der Festungen Mastricht, Venlo, Blijdingen und Fort Bath gefaßt.

**Rußland und Polen.**

**St. Petersburg, 16. Nov.** Das Ministerkomitee hatte über die Gerechtfamen und Gewalt der Gouverneure ein Gutachten erfaßt. Dies ist vom Kaiser bestätigt und durch Senatsbefehl publizirt worden. Der Ukas bestimmt:

Der Gouverneur ist der Vertreter der obersten Regierungsgewalt im Gouvernement und als solcher Oberaufsicht über alle Institutionen und Verwaltungsbeamten. Für die Zukunft soll als Regel gelten, daß alle Anordnungen der Administrativbehörden des Gouvernements über Anstellung und Versetzung jener Beamten mit allen Aktenstücken über ihre Persönlichkeit der Durchsicht des Gouverneurs unterlegt werden, so daß, falls dieser die in Rede stehenden Personen nicht zuverlässig findet, deren Anstellung oder Versetzung inhibirt werden kann, worüber der Gouverneur sofort dem betreffenden Minister Bericht erstattet. Ferner ist streng darauf zu achten, daß alle Vorstellungen der unmittelbar vorgelegten Behörden in Betreff der Beförderungen der Beamten den Ministerien und Oberverwaltungen nur durch den Gouverneur eingereicht werden. Den Gouverneuren wird es befohlen, die öffentliche Ordnung und staatliche Sicherheit zu erhalten, aus eigener Machtvollkommenheit die Versammlungen von Gesellschaften, Clubs und Artellen zu schließen, falls sich in denselben etwas zeigen sollte, was der staatlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit und Moral zuwider wäre, worüber er jedoch dem Minister des Innern und der betreffenden Zentralbehörde Bericht zu erstatten hat. Die Kreisrichter haben, als die unmittelbaren Vertreter der höchsten Regierungsgewalt im Gouvernement, d. h. der Gouverneure, unter der eigenen Gefahr, für Fahrlässigkeit im Amt zur Verantwortung gezogen zu werden, 1) eine befähigte Aufsicht über die öffentliche Sicherheit im Kreise zu führen; 2) über jede von ihnen innerhalb ihres Wirkungsbereiches persönlich bemerkte oder sonst zu ihrer Kenntniss gekommene Unordnung sofort dem Gouverneur Bericht zu erstatten, und 3) in äusseren, seinen Aufschub erleidenden Fällen an Ort und Stelle die geeigneten Maßregeln zu ergreifen und darüber sofort dem Gouverneur Meldung zu machen.

**Amerika.**

\* Die Pariser „Patrie“ vom 21. d. schreibt: Alle aus Mexiko erhaltenen Briefe, die mit dem Paketboot „Imperatrice Eugénie“ angekommen sind, geben über die Absichten des Kaisers Maximilian Nachrichten, die mit den spätern über Neu-York eingegangenen Nachrichten nicht übereinstimmen. Da diese Nachrichten selbst zum Theil von den amerikanischen Blättern demontirt worden sind, ist es nichtig, daß in den letzten Tagen (den 21. Okt.) Kaiser Maximilian Mexiko noch nicht verlassen hatte, um sich in Vera-Cruz auf dem österr. reichlichen Schiffe „Dandolo“ einzuschiffen. Die „Patrie“ läßt jedoch, um den Depeschen aller Art in ihren Spalten Platz zu geben, folgendes den Londoner Blättern entlehnte Telegramm folgen:

Neu-York, 9. Nov., Abends. Der Konsul der Vereinigten Staaten in Vera-Cruz hat Hr. Seward benachrichtigt, daß Kaiser Maximilian am 22. Mexiko verlassen hat. Eine Sendung von 2 1/2 Mill. Doll. in Münze ist, von Mexiko kommend, in Vera-Cruz eingetroffen. Der Dampfer „Susquehanna“ wird binnen wenigen Tagen Neu-York verlassen, um General Sherman an und den Gefandten der Vereinigten Staaten nach Vera-Cruz zu bringen, oder nach irgend einem andern mexikanischen Hafen, um dort mit Juárez zusammenzutreffen. General Sherman wird eine genügende Zeitlang in Mexiko verbleiben, um die Regierung des Juárez dauerhaft zu errichten.

**Baden.**

Karlsruhe, 22. Nov. Gutem Vernehmen nach ist das für die Errichtung der Lagerplätze auf dem linken Rheinufer bei Mannheim ungenügend gelegene Establishement des Hrn. Belten von der groß. Regierung um den Preis von 70,000 fl. für die Eisenbahnbauverwaltung erstanden worden.

Karlsruhe, 21. Nov. Schluß der Sitzung der zweiten Kreisversammlung. Die Tagesordnung führt zu ihrem letzten Punkt, den Vorschlägen von Personen, die sich zur nächsten Ernennung von Bezirksräthen vorzüglich eignen. Es werden vorge schlagen und einstimmig oder mit größter Stimmenmehrheit gewählt:

Bezirk Bruchsal. Hr. Peter Kemme, Gemeinderath, Joh. Keller, Gemeinderath, Fr. Ziegelmair, Gemeinderath, Fr. Hofheinz, Kaufmann, Konr. Grab, Stadtrechner, sämtlich von Bruchsal; Schnappinger, Gemeinderath von Heidebeim; Kallb. Eberhard, Partikulier von Langenbrücken; Zimmermann, Bürgermeister von Oberwiesheim; Pfeiffer, Kaufmann von Obenheim; Herr, Apotheker von Philippsburg; Fr. Jos. Winkels von Wingoheim; Fattor Kind in Waghäusel.

Bezirk Bretten. Salzer, Apotheker, Fretz, Domänenverwalter, W. Paravicini, Gutsbesitzer, A. Ammann, Werkmeister, sämtlich von Bretten; Peter Wehner, Schmiedemeister von Bauerbach; Wöhner, Bürgermeister, und J. Walz, Gutsbesitzer von Gondelsheim; Kilian, Ziegler von Gochsheim; Reib, Rathschreiber von Wenzingen; Hofheinz, Müller von Sickingen; Bollinger, Kaufmann von Stein; Luz, Hauptlehrer von Bahnbrücken.

Bezirk Durlach. Lamprecht, Bürgermeister in Berghausen; Bleiborn, Gutsb., Bürgermeister; Friederich, Karl, Gastwirth; Wöhner, Karl, Notar, und Siegrist, Karl, Rathschreiber von Durlach; Kentscher, Bürgermeister in Grünweilersbach; Schaler, Bürgermeister in Wöllingen; Benz, Ernst, Müller in Reingoldsbach; Schmidt, Georg, Altbürgermeister in Langenleinsbach; Jild, Bürgermeister in Sickingen; Reib, Bürgermeister in Weingarten; Armbruster, Wäberwirth in Wilsferdingen.

Bezirk Ettlingen. Fr. Simpel, Gerant, Fabrikant G. Buhl, Kaufmann Fr. Wid, Kaufmann A. Stritt, Wühlensbesitzer J. Speck und Bürgermeister Schneider von Ettlingen; Bürgermeister Armann von Burdach; Bürgermeister Armann von Pfaffenroth; Bürgermeister Bach von Bruchhausen.

Bezirk Karlsruhe. A. Günther, Gemeinderath, A. Knittel, sen., Hofbuchhändler, v. Böck, Domänendirektor, Ed. Kille, Bankier, J. Hoffmann, Gemeinderath, und Balli, Ministerialrath von Karlsruhe; Simmer, Fabrikant in Grünwinkel; Chr. Geil, Kaufmann in Heibolsheim; Murr, Bürgermeister in Hagsfeld; Dörffinger, Bürgermeister in Blantenloch; Hofheinz, Bürgermeister in Spöck; Ganfer, Bürgermeister in Mühlburg.

Bezirk Pforzheim. Pet. Stürzenacker in Bauschlott; Math. Kappler, Bürgermeister in Itterbach; Val. Leopold, Bürgermeister in Steinegg; Siebert Schuler, Kaufmann in Neuhausen; C. L. Schaufelberger, Gastwirth in Würm; Karl Richter, Bijouteriefabrikant in Brödingen; Ant. Morlock, Kaufmann in Erlingen; Ch. Kummel, Müller in Niefern; Wilh. Beck, Altbürgermeister in Weller; Ed. Böhler, Bijouteriefabrikant, Joh. Hiller, Bijouteriefabrikant, und Aug. Dittler, Gemeinderath von Pforzheim.

Präsident Turban: Durchlauchtigster Prinz, hochgeehrte Herren! Hiemit ist die Aufgabe der Kreisversammlung für die diesjährige Tagung erschoßt. Gestatten Sie mir, ehe der Hr. Kreispräsident die Versammlung für geschlossen erklärt, nur noch wenige Worte. Sie haben bei der diesjährigen Versammlung schon eine größere Aufgabe gehabt als bei der ersten. Sie haben insbesondere Gelegenheit gehabt, sich in umfassender Weise auszusprechen über ein für das ganze Land wichtiges Gesetz, das Straßengesetz, dessen Grundzüge Ihnen die groß. Regierung zur Verlesung vorgelegt hat. Obgleich Sie mit Ihren Beschlüssen auf den Kreisverband übernommen, haben Sie doch den dankenswerthen Sinn an den Tag gelegt, daß eine gerechte Vertheilung der Straßenkosten auch mit den Lasten für den Kreis eine Wohlthat ist. Sie haben sich weiter ausgesprochen über Krankenanstalten des Kreises, und die betreffende, den Gemeinden obliegende Pflicht auf den Kreisverband übernommen; es ist das ein schönes Zeichen, daß Sie die Aufgabe des Kreisverbandes richtig erkennen. War die Aufgabe diesmal auch noch keine sehr große, so sichern doch diese Ansätze schon die Erwartung, daß dieses Institut stets in dem richtigen Geiste wird erfaßt werden. Sie haben am Schluß Ihrer Arbeit noch Vorschläge von Bezirksräthen in seltener Gemüthsregung gemacht; Sie haben dadurch Männern ein Vertrauen erwiesen, das deren schöne Wirksamkeit fördern wird. Viele Geschäfte waren mit Schwierigkeiten verbunden; mehrere Abstimmungen sind mit geringer Majorität erfolgt; weitere Schwierigkeiten werden sich noch bei dem Vollzug Ihrer Beschlüsse ergeben und Managen werden mit diesen Beschlüssen nicht ganz zufrieden sein. Aber das Institut ist noch jung und diese Mißstände werden eine Lehre geben für die Zukunft; es wird daraus mehr Nutzen entstehen, als im Augenblick vielleicht Nachtheil bestrachtet wird. Die Verhandlungen sind im friedlichen, verständlichen, echt parlamentarischen Sinne geführt worden. Allerdings die Vorarbeiten Ihres trefflichen Ausschusses haben viel dazu beigetragen und ich habe deshalb mit vollem Herzen den Worten beigeknickt, welche darüber ein Mitglied dieser Versammlung ausgesprochen hat. Ich, von meiner Stelle, spreche die vollste Anerkennung aus, daß Sie mit sichtlichem Eifer, mit sichtlichem Fleiß und mit seltener Ausdauer den ganzen Verhandlungen angeordnet und daran Theil genommen haben. Ich danke Ihnen dafür, insbesondere auch dem durchlauchtigsten Mitgliede unseres Fürstenthums, welches mit hohem Interesse den Verhandlungen bis zu Ende beigeknickt hat, das beste Zeichen, daß unsere preiswürdigen Verwaltungszustände auch in den höchsten Kreisen gewürdigt sind. Nochmals innigen Dank für das mir geschenkte Vertrauen. Ich bitte Sie, mir ein freundliches Andenken zu erlassen.

Hr. Knittel dankt dem Präsidenten Namens der Versammlung für die umsichtige, in jeder Beziehung ausgezeichnete Leitung der Verhandlungen, durch welche vorzugsweise die so rasche und geordnete Erledigung der Geschäfte ermöglicht worden sei. Die Versammlung erhebt sich zum Zeichen der Zustimmung von ihren Sitzen.

Se. Großh. Hoheit der Prinz Karl sprach hierauf Seinen aufrichtigen Dank für die auf ihn bezüglichen Worte des Präsidenten demselben aus. Er fühle sich glücklich, sich erheben zu können, und wünsche dem Lande Glück zu einem Gehe, dem auch Er seine Theilnahme an diesen Verhandlungen zu danken habe.

Hr. Kreispräsident Stadtdirektor Frhr. v. Neubronn: Damit, durchlauchtigster Prinz, hochgeehrte Herren, sind Ihre Arbeiten erledigt. Daß Sie Ihre ehrenvolle Aufgabe vollkommen gelöst, haben Sie eines Zeugnisses von mir nicht nöthig. Eines aber ist gewiß: wenn ein Kammermitglied gewünscht hat, daß die Kreisversammlungen lange nicht werden zu thun haben, als Bezirksräthe vorzuschlagen, so haben Sie das gründlich widerlegt. Mit dem Wunsch, daß Ihre Arbeiten erspriehlich werden mögen für Kreis und Land, erkläre ich die zweite Kreisversammlung für geschlossen.

Mannheim, 21. Nov. Nach langer Unterbrechung — deren wir nicht, seit dem letzten Lebensjahre der Frau Großherzogin Stephanie, die sich sehr dafür interessirte — werden wir wieder eine Blumenausstellung hier erhalten. Sie ist von dem Gartenbauverein „Flora“ veranstaltet worden und wird der künftigen Waimesse vorangehen. Nach dem bereits erfolgten Ausschreiben betragen die ausgelegten Preise die Summe von ungefähr 500 Gulden, also das Mehrfache der früheren Preise.

Freiburg, 20. Nov. In der heutigen Sitzung der Kreisversammlung wurde beschlossen, die Verpflegung armer Augenkranken als eine Kreisangelegenheit zu behandeln, zur Aufnahme derselben in die Augenklinik des Prof. Dr. Manz dahier einen Vertrag vorläufig auf ein Jahr abzuschließen, und zur Vertheilung der Verpflegungskosten (täglich 45 kr. für einen Kranken) die Summe von 1000 fl. in das nächste Jahresbudget des Kreises aufzunehmen. Bei der Beratung des Straßengesetzes erklärte sich die Versammlung mit den Grundprinzipien der Regierungsvorlage nicht einverstanden. Die Versammlung will künftig nur noch Landstraßen und Gemarkungswege; alle Binalwege sollen unter die Landstraßen fallen. Die Kosten des Baues, der Verbesserung und Unterhaltung aller Straßen, mit alleiniger Ausnahme der Orts-Gemarkungswege, sollen zu 1/2 aus der Staatskasse und zu 1/2 aus der Kreisverbandskasse bestritten werden. Die Gemeindefassen sollen gar keine Beiträge leisten, sondern nur die Kosten für die Wege innerhalb des Orts und der Ortsgemarkung tragen.

**Vermischte Nachrichten.**

Mannheim, 21. Nov. Im hiesigen Hoftheater hat in zwei Gastdarstellungen Fr. Bühler vom Hoftheater in Weimar — als Gretchen in „Faust“ und Beatrice in „Viel Lärm um Nichts“ — die Gunst des Publikums entschieden gewonnen, und wird wahrscheinlich

für die hiesige Bühne bleibend gewonnen werden, da ihr Verhältniß als Braut des tüchtigen Charakterpikers Jacoby gewisse Garantien gegen das einseitige Ausschneiden beider Darstellungskräfte bietet. Die bewährte Darstellerin vieler Rollen, die nunmehr ihr zusallen werden, Fr. Franz, soll Anerbietungen zum Verbleiben in mobilisirtem Rollenfach erhalten haben. Ob sie aber darauf eingehen werde, ist nicht bekannt.

Frankfurt, 21. Nov. Unsere Anklagekammer hat dieser Tage in einem Prozeß ein Urtheil von prinzipieller Wichtigkeit gefällt. Der Redakteur des „Frankf. Journals“ hatte sich geweigert, den Verfasser eines Artikels zu nennen und sollte hierauf als Zeuge vernommen werden. Er erklärte hierauf, zu einer Zeugnisaussage nicht verbunden zu sein, weil er sich nicht denken könne, daß ein Gegenstand gerichtlicher Untersuchung vorliege, für andere als gerichtliche Untersuchungen aber ein Zeugniß zwangsgesetzlich nicht bestche. Außerdem könne er zum Zeugniß in eigener Sache nicht gezwungen werden, und wenn die Veröffentlichung des fraglichen Artikels unter ein Strafgesetz falle, so werde er ja davon berührt. Die Anklagekammer hat nun diese Ansichten adoptirt und entsprechend ein für die Redaktion günstiges Urtheil gefällt.

Berlin, 20. Nov. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses des Nationalvereins wird der „Erf. Ztg.“ von hier geschrieben: „Der Ausschuß ist am 17. d. hier im Hotel d'Angleterre zusammengetreten. In den beiden gestrigen Sitzungen waren anwesend von hier v. Foverbeck, Löwe, Künig, Schulze-Delitzsch und v. Arnshausen, von auswärts Fries (Weimar), Lammer (Bremen), Lorenz (Leipzig), Nagel (Frankfurt a. M.), Deller (Kassel), v. Roschau (Heidelberg), Schenk (Wiesbaden), Ed. Wiggers (Mendenburg), und Moriz Wiggers (Köln). R. v. Bennigsen traf gestern Abend noch ein. Drater ist vor kurzem seines chronischen Halbleidens nach Garmes in Südbavarien gegangen; Lang war ebenfalls durch Krankheit zurückgehalten, Neß durch die Wahlagitation, Jungermann durch seine neue dienstliche Stellung in Kassel. Miquel ist mit einer Deputation von Dänemark bis vor kurzem hier gewesen, aber dann wieder abgereist. Von den preussischen Mitgliedern fehlten v. Forckenbeck, durch seine Präsidialgeschäfte gänzlich in Anspruch genommen; Joh. Jacoby, der wohl nicht auf hinlängliche Zustimmung im Ausschuß mehr rechnen; Franz Dunder und Otto. Zu eigentlichen Beschlüssen sollte es erst heute unter Bennigsen's Leitung kommen.“ Dem Vernehmen nach wurde eine Ansprache beschlossen, in welcher zu lebhafter Theilnahme an den Wahlen zum norddeutschen Parlament aufgefordert wird. Die Berufung der Generalversammlung des Nationalvereins wurde bis zum Frühjahr vertagt.

Berlin, 20. Nov. Der Erfinder der Bündelgewehre, Geh. Kommissionsrath v. Dreyse, feiert heute hier in Berlin im Kreise seiner Familie in voller Geistesfrische und Thätigkeit seinen 80. Geburtstag. Hiernach ist er am 20. Nov. 1787 geboren.

Triest. Ueber das Befinden der Kaiserin Charlotte von Mexiko berichtet die „Triester Ztg.“ in einer ihrer neuesten Nummern: „Die hohe Frau, welche von der Fiktion, vergiftet zu werden, nur theilweise hat befreit werden können, weicht, obwohl sie die vorgeschriebenen Speisen zu sich nimmt, noch immer die ihr gereichten Getränke zurück. Zu den traurigen Wahngestalten, die ihr eine solche Entschamtheit eingeben, haben sich nun noch andere gesellt, die ebenso beklagenswerthen Ursprungs sind, und die zu bekämpfen ebenso große Sorge erfordern wird. Die Kaiserin hegt die fixe Vorstellung, daß ihre Umgebung in der Anhänglichkeit an ihre Person nachgelassen habe, und daraus hat sich bei ihr ein Wahn entwickelt, der sich oft bis zum Mißtrauen steigert. Die erst vor kurzem noch begabte Hoffnung, daß die Herstellung der hohen Frau in nicht zu ferner Zeit gelingen werde, ist durch die neuesten Erscheinungen leider erschüttert worden, und es ist wahrscheinlich, daß die Krankheit lange währen wird. Doch sollen auch die Aerzte die Meinung geäußert haben, daß der Verlauf des Uebels vielleicht noch in diesem Monat zu einer Krise führen werde, und dann werde man in der Lage sein, ein bestimmtes Urtheil abgeben zu können. Verschwiegen wollen wir nicht, daß trotz des körperlichen Wohlbefindens der Kaiserin auch die Ansicht geltend gemacht worden ist, zu dem tief beklagten geistigen Leid der edlen Fürstin könne vielleicht noch eine physische Krankheit hinzutreten; aber es ist selbstverständlich, daß jegliches Voraussetzen, ob körperliches Kranksein die dunkeln Schatten der Seele verschuchen könne oder nicht, eitel ist. (Die Wiener „Presse“ schreibt unter dem 18. Nov.: Privatbriefen aus Triest zufolge ist der Zustand der unglücklichen Kaiserin Charlotte hoffnungslos; zu der Trübung der geistigen Kräfte hat sich eine heftige Brustaffektion (Tuberculose) gesellt. Ein trauriger Ausgang ist in Kürze zu befürchten.)

Neu-York, 19. Nov. (Per atlant. Telegraph.) Eine Anfrage betreffs der Rückzahlung der 5-20er Bonds beantwortete der Finanzsekretär folgendermaßen: „Ich betrachte gleich meinem Vorgänger sämtliche Unionbonds in Metall rückzahlbar. Alle seit Suspension der Zahlungen fällig gewordenen Bonds wurden derart ausgezahlt. Ich zweifle nicht, daß dasselbe bei den übrigen stattfindet, da ich dies als unsere festgestellte Finanzpolitik verfolge. Die 5-20er Bonds vor 1862 werden entweder 1867 eingelöst oder laufen fort, bis deren Metallauszahlung möglich ist.“ Die Dampfer Boston, America und Bremen sind angekommen.

**Karlsruher Witterungsbeobachtungen.**

21. Nov.	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 10,83	+ 1,0	S.W.	ganz bew.	trüb, Schneeflocken
Mittags 2 „	„ 10,43	+ 2,5	„	„	„
Nachts 9 „	„ 10,83	+ 2,5	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**

Freitag 23. Nov. 4. Quartal. 127. Abonnementsvorstellung. Der Feensee; große romantische Zauberoper mit Ballet in 5 Akten, von Auber.

Sonntag 24. Nov. 2. Abonnementskonzert des großherzogl. Hoforchesters im großen Saale des Museums. Anfang 7 Uhr.



3. p. 491. Furtwangen. Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben unvergesslichen Bruder und Onkel, den großh. bad. Hofmaler Johann Baptist Kirner, gestern früh um 3 Uhr nach längerem Leiden, in einem Alter von 60 Jahren und 5 Monaten, aus diesem Leben abzurufen.

Furtwangen, den 20. November 1866. Karolina Dufner Wittwe, geb. Kirner, und deren Kinder.

3. p. 353. Karlsruhe. Gesellschaft Eintracht. Die Besitzer der verloosten Eintracht-Obligationen Lit. A. Nr. 562, 531, 549, 648, 50 fl. werden wiederholt aufgefordert, die betr. Beträge bei der Gesellschaftskasse zu erheben.

Direktors-Stelle. 3. p. 487. In einer Papierfabrik der Schweiz, mit einer Maschine für feine Papiere, ist die Stelle eines technischen Direktors neu zu besetzen.

3. p. 508. Karlsruhe. Commis-Gesuch. Für ein Confections-Geschäft wird ein gewandter Verkäufer (Frauente) sogleich zu engagieren gesucht.

3. p. 476. Offenburg. Aufforderung. C. Mayer und F. Arnold, Schauspieler, werden, da ihr Aufenthaltsort unbekannt ist, auf diesem Wege aufgefordert, die mir vor mehreren Jahren übergebenen Effekten innerhalb 8 Tagen gegen die darauf ruhenden Vorkasse und sonstige Kosten in Empfang zu nehmen.

3. p. 492. Eriberg. Zahlungs-Aufforderung. Sämtliche Schuldner der Valentin Kammerer'schen Gantmasse werden hiemit wiederholt aufgefordert, ihre Schuldigkeit längstens bis 1. Dezbr. d. J. zu entrichten.

3. p. 498. Karlsruhe. Delgemälde-Verkauf. Im Hofhof zum Rothen Haus sind wertvolle garantierte Original-Gemälde zur Ansicht und zum Verkauf ausgestellt.

3. p. 43. Ludwigsbafen a. Rhein. Weinberg-Guano von vorzüglicher Qualität und alle andere Sorten künstliche Dünger in der Düngfabrik von Michel, Lederle & Cie. in Ludwigsbafen a. Rhein. (Mannheim.)

3. p. 313. Bruchsal. Leihhauspfänder-Versteigerung. Mittwoch den 28. November d. J., Nachmittags 1 Uhr, werden im hiesigen Leihhaus-Bureau die verfallenen Pfänder über 6 Monate und die Pfänder von Lit. Q. No. 3510 bis mit 4209, als: Gold und Silber, Taschenuhren, Manns- und Frauenkleider, Leib-, Tisch- und Bettwäsche, Ober- und Unterbetten, Kissen, Leinwand (5 Stück doppeltbreite, 1 Stück einfachbreite Leinwand), Wagn, Schuhe und Stiefel, eine große Partie Wollewaren, als: Kapuzen, Hauben, Fanfaron, Unterärmel, Kinder-Gamaschen, Collets, Schlips, Caschemis, Remotten, Herren- und Damen-Manschetten, Herren-Socken, Damen-Strümpfe

3. p. 365. Haus-Verkauf. In einer gewerbereichen Amtsstadt des Oberrheinkreises ist ein schönes und gut eingerichtetes Haus, in welchem seit 30 Jahren ein frequentes Detailgeschäft betrieben wurde, unter sehr annehmbaren Bedingungen zu verkaufen.

3. p. 484. Nr. 3536. Ettlingen. Versteigerung alter Monturen und alten Reithosenleders. Die unterzeichnete Stelle läßt nachstehende alte Monturstücke einer öffentlichen Versteigerung aussetzen, als: 3550 Dienstrüben, 13 Woffenröde, 350 Paar Hosen, 22 Wermelwesten, 424 Stutzenjoden, 660 Mäntel, 165 Paar Hüßlinne und eine Partie alte Reithosenleder.

3. p. 479. Karlsruhe. Abtrittung-Versteigerung. Mittwoch den 5. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr, wird das Wegfahren der Abtrittungswagen und Reinen der Senfgruben in den Müllgräben zu Karlsruhe und Durlach für die Zeit vom 1. Januar bis letzten Dezember 1867 in dem Magazin der Kaiserverwaltung beim Friedrichsthor öffentlich versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 475. Nr. 996. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald "Kammerforst" werden von Windfällen und Dürständern in kleinen Losabtheilungen versteigert.

3. p. 143 des Gef. Reg. Die unter der Firma: "G. u. J. Schneider" dahier bestandene Handelsgesellschaft ist aufgelöst.

3. p. 140. Nr. 9489. Tauberbischofsheim. (Ausschlußerkennnis.) Die Gant des Hofbauers Lorenz Honikel von Weidertreten betr.

3. p. 158. Raßatt. (Erbborladung.) Franz Brunner, Sohn des verstorbenen Friedrich Brunner von Raßatt, ist zur Erbschaft seiner zu Neu-York verstorbenen Tante, Elisabetha, geb. Brunner, vermittelte Gerold, berufen.

3. p. 437. Nr. 5321. Mosbach. (Vorladung.) Der Angeklagte Philipp Gerold von Wölschingen, dessen Aufenthalt unbekannt ist, wird zufolge Verwehungsbeschlusses der Kammer und Anklagekammer vom 17. August l. J., Nr. 2615, zur Verhandlung der gegen ihn vorliegenden Anklage wegen Körperverletzung in die

3. p. 7. Nr. 23,952. Karlsruhe. (Bekanntmachung und Vorladung.) Die Konfiskation pro 1867 betr.

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

Verurteilung der äußeren Erziehung gegen Vorgesetzte, durch Angehörigen und Widergesetzlichkeit verübten Insubordination für schuldig zu erklären, und deshalb zu einer Militärarbeitsstrafe von drei Jahren und zu den Kosten des Strafverfahrens und Vollzugs zu verurtheilen.

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt:

3. p. 157. Bruchsal. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen den Trompeter im 3. Dragonerregiment Prinz Karl, Karl Bender von Eberbach, wegen Insubordination, wird auf amtsprüchliches Verbot kriegsgerichtlich durch Stimmenmehrheit zu Recht erkannt: